

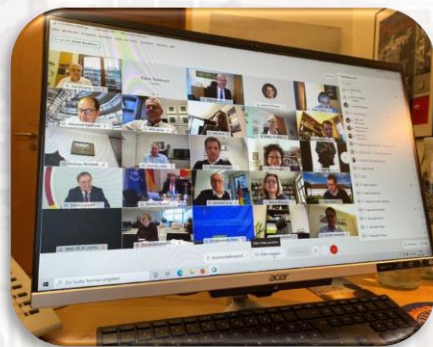
BERICHT AUS BERLIN

Axel Knoerig

29.01.2021 / Nr. 2

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde, mit dem **Gedenken für die Opfer des Nationalsozialismus** ist in dieser Woche das Plenum gestartet. Wir erinnern an die Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz, das für den Völkermord und die Millionen Opfer des Nazi-Totalitarismus steht.

Zur Vorbereitung der Sitzungswoche fanden die verschiedenen AG-Sitzungen digital statt, ebenfalls die



Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Als neue gewählter Vorsitzender der CDU in Deutschland hat Armin Laschet das erste Mal teilgenommen.

Ebenso digital habe ich in dieser Woche den **neuen Geschäftsführer der THW-Bundesvereinigung** e.V., Oliver Pohland, kennengelernt. Seit 1. November leitet er in dieser neu geschaffenen

Position die THW-Bundesgeschäftsstelle in Berlin. Sobald es die Corona-Regeln wieder



zulassen, werden wir ein persönliches Treffen nachholen.

Mit meiner Kollegin Ingrid Pahlmann habe ich am Mittwoch das Gespräch mit den **demonstrierenden Landwirten** gesucht. Auch aus meinem Wahlkreis waren einige Landwirte nach Berlin gekommen, um ein Forderungspapier an die Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner zu übergeben.



Zur **Entlastung berufstätiger Eltern** in der Corona-Zeit, wird der Anspruch auf Kinderkrankentage verdoppelt und ausgeweitet: Die neue Kinderkrankengeldregelung sieht vor, dass jedes Elternteil pro Kind im Jahr 2021 insgesamt 20 Arbeitstage in Anspruch nehmen kann, Alleinerziehende 40 Arbeitstage. Neu ist, dass der Anspruch auch gilt, wenn wegen corona-bedingt Kitas und Schulen geschlossen oder nur eingeschränkt geöffnet sind und die Eltern ihre Kinder zuhause betreuen müssen. Die Leistung wird auch dann gewährt, wenn Behörden den Eltern ohne Kita-Schließung lediglich dringend empfohlen haben, ihre Kinder nicht in die Kita zu schicken.



Neu aus dem Parlament

Heute habe ich im Deutschen Bundestag eine Rede zum Gesetz zur Modernisierung des Telekommunikationsrechts gehalten. Als Berichterstatter für das Telekommunikationsgesetz setze ich mich dafür ein, dass wichtige Impulse für einen schnelleren und flächendeckenden Ausbau von Gigabitnetzen gesetzt werden. Nur mit gezielten Anreizen für Investitionen und Innovationen kann der Ausbau der digitalen Infrastruktur vorangebracht werden.



Quelle: www.bundestag.de

Besonders wichtig ist mir, mit diesem Gesetzentwurf eine Lösung für die circa 850 Gebäude zu schaffen, die sich im Landkreis Diepholz zurzeit in den nichtwirtschaftlichen Bereichen der weißen Flecken befinden. Die oberirdische Verlegung von Glasfaser durch eine neue Technologie, dem sogenannte „Trensching“, soll den Ausbau beschleunigen.

Im **Jahreswirtschaftsbericht 2021** stellt die Bundesregierung ihre Wachstumsprognose für das laufende Jahr vor. Erwartet wird ein etwas schwächeres Wachstum als noch im Herbst. Klar ist: Die wirtschaftliche Entwicklung wird weiterhin maßgeblich vom Pandemieverlauf und von den Maßnahmen zur Eindämmung beeinflusst.

Das **zweite Agrarmarktstrukturgesetz** wurde in dieser Woche in erster Lesung beraten. Der Gesetzentwurf setzt die Richtlinie (EU) 2019/633 vom 17. April 2019 um. Um schädliche unlautere

Handelspraktiken insbesondere gegenüber Landwirten zu vermeiden, wird das Agrarmarktstrukturgesetz um Regelungen zu unlauteren Handelspraktiken erweitert. Konkret sieht der Entwurf Maßnahmen gegen unlautere Handelspraktiken in den Geschäftsbeziehungen zwischen Unternehmen in der Agrar- und Lebensmittelbranche vor. Darüber hinaus soll es in „Gesetz zur Stärkung der Organisationen und Lieferketten im Agrarbereich (Agrarorganisationen-und-Lieferketten-Gesetz – AgrarOLkG)“ umbenannt werden.

Das erste **Gesetz zur Änderung des Bundesjagdgesetzes, des Bundesnaturschutzgesetzes und des Waffengesetzes** wurde ebenfalls in erster Lesung debattiert. Die Novelle hat zum Ziel: mehr Sicherheit bei der Jagd und mehr Schutz der natürlichen Umwelt. Darum sollen bundeseinheitliche Regelungen für eine Zertifizierung von Jagdmunition mit optimaler Tötungswirkung bei gleichzeitiger Bleiminimierung eingeführt werden. Ferner ist künftig ein Schießübungsnachweis vorzuweisen. Zudem sollen verbindliche Vorgaben für die Jäger- und Falknerausbildung sowie deren Prüfungen geschaffen werden. Die Ergebnisse des Waldgipfels werden mit dem Entwurf auch umgesetzt. Wichtigste Neuerung ist die Abschaffung der bisher verpflichtenden Abschusspläne für Rehwild. Zudem soll für die stärkere Eindämmung der Schweinepest das jagdrechtliche Verbot für Nachtzieltechnik sowie das waffenrechtliche Verbot für Infrarotaufheller bei der Jagd auf Wildschweine aufgehoben werden.

Um die Informationssicherheit weiter zu verbessern, wurde in erster Lesung das **IT-Sicherheitsgesetz 2.0** diskutiert. Nach dem Entwurf soll das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) gestärkt werden. Als neue Aufgabe wird das BSI den Verbraucherschutz hinzubekommen. Angedacht ist u.a., dass Betreiber kritischer Infrastrukturen verpflichtet werden, Systeme zur Erkennung von Cyberangriffen einzusetzen. Ferner soll ein IT-Sicherheitskennzeichen



eingeführt werden. Es soll Bürgerinnen und Bürgern die IT-Sicherheitsfunktionen insbesondere von Produkten im Verbrauchersegment sichtbar machen.

Mit dem **Baulandmobilisierungsgesetz** sollen Kommunen bei der Aktivierung von Bauland und der Sicherung bezahlbaren Wohnens unterstützt werden. Flächen sollen leichter für die Bebauung mobilisiert werden, indem die Anwendungsbereiche der gemeindlichen Vorkaufsrechte und des Baugebots für Gebiete mit angespannten Wohnungsmärkten erweitert werden. Für mehr Flexibilität bei der Ausweisung von Wohnungsbauflächen wird außerdem die Baugebietskategorie „Dörfliches Wohngebiet“ eingeführt.

In 2./3. Lesung wurde heute das zweite Gesetz zur **Änderung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes** beschlossen. Wir stärken damit Familien und unterstützen sie dabei, Familienleben und Beruf noch besser miteinander zu vereinbaren. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass der Bezug des Elterngeldes um einen weiteren Monat verlängert wird, wenn das Kind sechs Wochen vor dem errechneten Geburtstermin oder früher zur Welt kommt. Zudem soll die erlaubte wöchentliche Arbeitszeit für Eltern, die während des Elterngeldbezuges in Teilzeit arbeiten, von 30 auf 32 Stunden angehoben werden.

Abschließend wurde auch die **COVID-19-Wahlbewerberaufstellungsverordnung** beraten. Die Verordnung ermöglicht es den Parteien, ihre Kandidaten für die Bundestagswahl am 26. September 2021 auch ohne Präsenzversammlungen zu benennen. Dies gilt insbesondere für die Wahlen von Wahlkreisvertretern, für die Wahl des Wahlkreis-kandidaten sowie für die Wahl der Landesliste. Nach der Verordnung sollen Versammlungen zur Wahl von Wahlbewerbern mit Ausnahme der Schlussabstimmung ganz oder teilweise im Wege elektronischer Kommunikation durchgeführt werden können – also z.B. per Videoschalte.

Aus dem Wahlkreis

Die Frage „Brexit done – was bedeutet das Abkommen für Europa?“ haben wir mit dem Europa-Abgeordneten David McAllister diskutiert. Zu dem digitalen Talk hatten der **CDU Gemeindeverband Stuhr** und **CDU Bassum** eingeladen.



Eine Zusammenfassung der Veranstaltung kann auf youtube angesehen werden.

Link: www.youtube.com/watch?v=6xkDJ_6T5Pc&fbclid=I-wAR0q9uif7nzf63R_Q7GaXtes90QBpzfguHHbRkjkSwBLOlaX-wLfK0UY5_kw

Ergänzung zum Wasserstoff-Termin: Im Anschluss an die Veranstaltung waren noch einige Fragen aufgekommen. Diese habe ich, gemeinsam mit Dr. Stefan Kaufmann, beantwortet. Alle Fragen und Antworten finden Sie auf meiner Homepage: www.axel-knoerig.de/news/newsdetail/fragen-und-antworten-zur-online-veranstaltung-wasserstoff-energie-traeger-der-zukunft/

Termine und Hinweise

Dienstag, 23. Februar, 18.00 Uhr: Frauen in der Politik | Digitaler Experten-Talk mit Annette Widmann-Mauz MdB

Mittwoch, 3. März, 18.00 Uhr: Innenpolitischer Experten-Talk, mit Dr. Mathias Middelberg

Donnerstag, 29. April 2021, 18.00 Uhr
Existenzgründung im ländlichen Raum | Thomas Jarzombek MdB

Mit freundlichen Grüßen



Axel Knoerig MdB

